Danziger Zeitung.

DZE HM

No. 81.

Im Verlage der Müllerschen Buchdruckerei auf dem Holzmarkte.

Freitag, den 21. Mai 1819.

München, vom 1. Mai.

Aus den verschiedenen Reden in der Kammer der Abgeordneten über die Gewerbefreiheit bemerken wir Folgendes:

Der Abgeordnete Behr, der sich für die Gewerbefreiheit erklärte, sagte unter andern: Nicht in Folge der Aufhebung der Realgewerbe sank Baiern in seinem Wohlstande, sondern dieses Sinken wurde durch ganz andere äußere Verhältnisse veranlaßt. Gar gerne schreibt man aber kurz weg auf Rechnung jenes Aufhebens, was nur auf Rechnung dieser andern Verhältnisse gehört. Hätte z. B. Regensburg seinen Reichstag mit allen den vielen Gesandschaften behalten, wäre überdieß nicht der schreckliche, lange Krieg mit allen seinen verheerenden Folgen so fürchterlich auf dasselbe gefallen: die Aufhebung der Realgewerbe würde seinen Wohlstand im Ganzen nicht gemindert, nur in mehrere Kanäle gleichmäßig vertheilt haben. Und gerade so verhält es sich in den andern Städten und in dem übrigen Baiern.

Und nun, nachdem eine Klasse der Fesseln für die Gewerbfreiheit glücklich gelöst ist, und der Unbefangene das Gelöstwerden der in dem Zunftzwange noch fortbestehenden Hauptfessel derselben in kluger Art wenigstens eingeleitet zu sehen wünschen muß, während alles seufzt nach dem Lösen der Fesseln des Handels-Gewerbes, während man durch Förderung der Theilbarkeit des Grundbesitzes selbst eine allgemeinere Theilnahme an dem realsten aller Gewerbe, an dem Gewerbe des Ackerbaues zu eröffnen strebt: während allem dem will der 5te Ausschuß das alte Unwesen der erblichen Gewerbprivilegien wieder hergestellt wissen; und zwar aus welcher Rücksicht? Und welche unabsehbare Folgen würde und müßte der hierunter bezielte Vortheil Einzelner haben für die Allgemeinheit?! Nein, ich kann nicht glauben, daß jener Antrag als der vernünftige Ausdruck des Gesammtwillens anzusehen sey; diesen Einzelnen zum Opfer soll, bei noch überdieß so sehr gewachsener Bevölkerung, das unbestreitbarste Urrecht aller übrigen beschränkt, die Aussicht auf Arbeitrente und Nahrungserwerb verkümmert werden? Ich dächte wahrlich nicht, daß wir, um es Einzelnen bequemer und sicherer zu machen, Ursache hätten, jene Aussicht zu verengen, in einer Zeit, in welcher wir wünschen müssen, daß die Magistraturen des Staates vereinfacht werden, daher Mehrere, statt sich zum Staatsdienste vorzubereiten, dem weiten Fache des Gewerbwesens sich widmen mögen.

Nein, schreiben wir nicht die drückenden Folgen der überstandenen politischen Ereignisse auf Rechnung der ergriffenen weisen Maaßregeln hinsichtlich des Gewerbwesens! Wer mag es wissen, wie viel Verarmte mehr ohne diese Maaßregeln wir im Volke zählen würden?! Danken wir aufrichtig der Regierung, daß sie — nachdem die von Einzelnen nicht unbillig noch unrecht dem Ganzen gebrachten Opfer größtentheils verschmerzt sind — das Recht, die Gewerb-Konzessionen zu ertheilen, in die

Hände der Gemeinde-Vorstände selbst gelegt hat.

Es giebt, meine Herrn, — und ich bitte Sie das wohl zu bedenken — eben so gut eine Gewerb-Aristokratie, wie so manche andere; und keine dürfte so gemeinschädlich seyn, so tief verletzend ins eigentliche Bürgerleben eingreifen, als eben jene. Darum stimme ich gegen den Antrag des Ausschusses auf Wiederherstellung dieser erloschenen Gewerb-Aristokratie, und für Beibehaltung — um das Gleichniß fortzusetzen — der Demokratie des Gewerbwesens, unter kluger Leitung der Gemeinde-Vorstände.

Abgeordneter Schoppmann. Ich theile um so mehr die Ansichten des verehrlichen Mitgliedes, Herrn Hofraths Behr, als dieselben im Rheinkreise schon seit mehr als 20 Jahren in praktischer Ausübung sind, und wir uns dabei recht glücklich befinden. Im Rheinkreise giebt es keine Real-Gewerb-Gerechtigkeiten. Alle Gewerbe sind daselbst bloß persönlich.

Die 20jährige Erfahrung beweist uns, daß, wenn die Sache einmal im Gange ist, sie kaum mehr bemerkt wird.

Abgeordneter Bestelmayer. Ich so wenig, als irgend ein Mitglied unter dieser hohen Versammlung, will auf unbedingte Herstellung des Alten antragen; ein gemäßigtes, den jetzigen Zeitverhältnissen angepaßtes Gewerb-System, das den wohlerworbenen Rechten Einzelner nicht zu nahe tritt, ist was ich wünsche.

Dieses vorausgesandt, will ich nur einige Bemerkungen zu den Aeußerungen machen, die vor mir gefallen sind.

Wenn Amerika als ein Beispiel aufgeführt wurde, um der Gewerbfreiheit das Wort zu reden, so wird es mir noch mehr erlaubt seyn, einen uns näher gelegenen Staat anzuführen; er ist Preußen, das vor etwa zehn Jahren ähnliche Grundsätze von unbeschränkter Gewerbfreiheit aufstellte, wiewohl dort, so viel ich weiß, die Realrechte abgelöst wurden. Man höre die Klagen, welche jetzt von daher über die Uebel erschallen, die diese Verfügung in ihrem Gefolge hatte! Schon spricht man von neuen Verordnungen, um ihnen durch Rückschritte zu begegnen und größeren Uebeln vorzubeugen!

Ich erkläre wiederholt, daß ich keiner Derjenigen bin, die unbedingt das Alte loben, oder solche Zunft- und Gewerbgesetze vertheidigen will, welche unserm Zeitalter nicht mehr anpassen; aber auch die Erfahrung vergangener Zeiten soll für uns nicht verloren gehen! Der hohe Wohlstand, die herrlichen Kunstwerke unserer Städte in vorigen Zeiten sind doch Beweise, daß ein geordnetes Zunft- und Gewerbwesen der allgemeinen Wohlfahrt nicht widerspreche?

(Wenn der zuletzt angeführte Redner Preußens erwähnt, wenn er von Klagen spricht, die hier laut werden, so hätte er zunächst auf die Quellen zurückgehn sollen, aus denen diese Klagen entspringen. Es ist dieselbe Aristokratie, über die von einem andern Redner auch in Baiern geklagt wurde; es sind einige laudatores temporis acti, die mit ohnmächtigen Händen in das unermeßliche Rad der fortschreitenden Geisteskultur eingreifen wollen. Ueber den Grundsatz sind die Verständigen unter uns nicht zweifelhaft; einige Mängel der Gewerbepolizei lassen sich von den Kommunal-Behörden leicht beseitigen.)

Der Abgeordnete Köster aus Rhein-Baiern trat den Aeußerungen des Abg. Schoppmann überall bei. Er habe kaum seinen Augen getrauet, als er gelesen, daß man im 19ten Jahrhunderte noch die Realgewerbe vertheidige. Die Gewerbfreiheit sey am Rheine nicht durch eine Revolution, sondern erst im Jahre 1798, wo man an keine Revolution mehr gedacht, mit der größten Ruhe und Eintracht eingeführt worden. Das Gesetz bestehe seit 20 Jahren, und die beste Lehrmeisterin, die Erfahrung, habe es als gut und ausführbar bewährt. Es sey ganz falsch, daß die Fabrikate und Arbeiten seitdem schlechter geworden. Im Gegentheil bestrebe sich jeder, die höchste Vollkommenheit zu erreichen.

Auf den Antrag des Abgeordneten Behr wegen des Gerichtstandes der Militairpersonen, ist von der Kammer beschlossen, den König zu bitten, daß die persönlichen Rechtssachen der Militairpersonen an die ordentlichen Civilgerichte gewiesen werden.

Herr v. Aretin, als Referent des ersten Ausschusses, hat über die vorgelegte neue Hypotheken-Ordnung ausführlichen Bericht erstattet. Sein Hauptantrag ging dahin: dieses Gesetz bis zur Einführung des öffentlichen Verfahrens auszusetzen.

Ueber den Antrag des Abgeordneten Utzschneider, zur Belebung des Ackerbaues und

der Gewerbe besondre Gewerbsräthe anzustellen, ward eine Discussion eröffnet.

Paris, vom 5. Mai.

Der Antrag des Grafen Barbé Marbois: den König um Vorlegung eines Gesetzes zu bitten, durch welches der Deportation eine andre angemessene Strafe substituirt werde, ist von dem Ausschusse der Kammer der Pairs dahin abgeändert worden: den König um Vorlegung eines Gesetzes zu bitten, welches die Art der Ausführung der Deportationsstrafe organisire und sichere. Der Graf Barbé Marbois hat sich die nähere Begründung seines Antrages vorbehalten. Der Bericht des Ausschusses über den Gesetz-Entwurf wegen des Tabacks-Monopols erklärt sich für die Annahme des Gesetzes.

Die Zeitungen in Paris sind bereits durch den Minister des Innern von der Zensur befreit. Der Moniteur tadelt, daß in dem Prozesse wider das Komplott gegen den Kaiser von Rußland, die richterlichen Behörden zu Brüssel durch die Vertheidigungsschrift des Buchoz sich haben veranlaßt sehen können, Ausdrücke zu brauchen, die gegen die Französische Regierung den Verdacht einer Mitwissenschaft erregen.

Es werden zwei Briefe des Buchoz, der sich einen Grafen genannt, an den Polizeiminister mitgetheilt, worin er sich das Ansehn giebt, als habe er eine Verschwörung gegen den König von Frankreich, den Kaiser von Rußland und den König der Niederlande durch seine Entdeckung vereitelt. Aus den Depeschen des Polizei-Ministers an den Gesandten zu Brüssel geht hervor, daß er den Buchoz für einen Ränkemacher gehalten.

Auch erwähnt der Moniteur die Aeußerungen des Londoner Couriers über die der Englischen Regierung gemachte Beschuldigung, als ob Legall und Leguevell im Einverständnisse mit ihr einen Verrath gegen die Französische Regierung angesponnen. Der Courier nennt diese Beschuldigung eine Ungereimtheit.

Unsre Schriftsteller beschäftigen sich unter andern auch mit unsrer Marine, indem sie behaupten, daß wir die Kräfte Englands in dieser Beziehung überschätzen. In einer besondern Nachweisung des Englischen See-Etats für das Jahr 1818, aus den von der Admiralität bekannt gemachten Nachrichten gezogen, hat man nachgewiesen, daß England jetzt nur 99 Linienschiffe und 63 Fregatten in See schikken könne. Zwar wären noch 24 Linienschiffe und 34 Fregatten auf den Werften; mit solchem Bau gehe es jedoch in England sehr langsam, z. B. der Trafalgar von 106 Kanonen sey schon seit 1806 im Bau. Frankreich habe im vorigen Jahre 68 Linienschiffe und 38 Fregatten, brauchbar und zu mehrjährigem Dienste geschickt, besessen.

Vermischte Nachrichten.

Der Vesuv hatte am 17. und 18. April einen starken Ausbruch, doch ohne Schaden zu thun. Die Lava nahm ihren Weg über alte Lavaströme.

Wie auf der Elbe, so ist auch auf der Weser der Versuch, ein Dampfpaketboot zu unterhalten, fehlgeschlagen, vermuthlich weil der innere Verkehr Deutschlands bei weitem nicht so lebhaft wie in England, also zu einer solchen Einrichtung nicht geeignet ist.

Einblicke in England und London.
(Fortsetzung.)

Preßfreiheit verstattet Alles und Jedes in die Zeitung zu bringen. Verantwortlich ist bloß der Verfasser, doch will der Verleger diesen nicht nennen, was selten geschieht, so muß er selbst büßen. Es muß aber schon sehr hart kommen, ehe die Regierung, oder ein beleidigter Privatmann sich entschließt, belangende Schritte zu thun: denn wie alles, Gutes und Schlechtes, Glimpf und Schimpf, im Mißbrauch Werth und Stachel verliert: so auch hier. Gleichgültig überall und Gewohnheitssache wird das ewige Anzapfen, und ein unaufhörliches Herunterschimpfen stumpft nach und nach allen Sinn ab für öffentliche Schmähungen. Man liest und beachtet es nicht weiter. Aber es wird von dem besonnenen Britten auch tief gefühlt und schmerzhaft beklagt, daß täglich mehr und mehr der Demant Preßfreiheit mit ekelhaftem Unrath beworfen und verunstaltet wird zur brüchig zackigen Schlacke. Des herrlichen Gesteins glanzvolles Leuchten wieder zu gewinnen, daran ist gar nicht zu denken, der besudelnden Hände sind zu viel. Die Edlen im Volk räumen schaamlosem Gezücht, dem nichts heilig und ehrwürdig ist, das Feld, wie der Löwe dem verpestenden Stinkthier aus dem Wege tritt. So wird Minervens wohlthätigster Schild verwandelt

und entweihet zum giftigen Nattertatsche der feindlichen Meduse. In England am wenigsten fehlt es an Leuten, die aus natürlichem Hang zum Groll und Haß, jemals zufrieden gestellt werden können; die nur in der Zwietracht Freude finden, und ihren ganzen leidigen Lebensgenuß entbehren würden, wäre jemals es möglich, Vollkommenheit in menschlicher Gesellschaft zu erreichen. Deutschland kann jetzt auch ein Lied davon singen.

Unermeßlich ist das Zeitungswesen. Wöchentlich erscheinen 56 (Sechs und Funfzig) verschiedene Zeitungen und Tageblätter, theilweise mit einander kämpfenden Inhalts. Hauptzeitungen liefern die Pressen täglich 14, jedoch mit Ausnahme des Sonntags, der selbstständig für sich seine eigenen 14 Zeitungen hat, deren etliche bloß gedrängte Uebersichten der im Lauf der Woche vorgekommenen Neuigkeiten enthalten. In einigen der vorzüglichsten Kaffeehäuser findet man, außer den Landeszeitungen, auch die Hauptblätter des Continents, unter welchen die Haude- und Spenersche Zeitung nicht zu fehlen pflegt. In der Mitte jeder Zeitung giebt ein, mit größerer Schrift gedruckter Aufsatz, Rechenschaft über den ganzen Inhalt des Blattes, und macht aufmerksam auf das Merkwürdigste. Das ist eine angenehme Einrichtung, die wir wohl zur Nachahmung anpreisen möchten.

Unglaubliche Summen bezieht die Regierung aus der Zeitungssucht des Volks. Aus sicherer Quelle können wir wenigstens von den Times, die den stärksten Absatz hat, das Einkommen angeben. Jede Zeitung wird gestempelt, 1 Penze (8 Pf.) ist die Gebühr. Diese Stempeltaxe beläuft sich bei der Times jährlich auf 36,400 Pfd. St. Außerdem zahlt jedes Avertissement noch eine besondere Abgabe, so daß die jährliche Staats-Einnahme einzig und allein von der Times, auf 80 bis 90,000 Pfd., also auf circa 600,000 Thlr. zu stehen kömmt. Nimmt man an, daß die Abgaben der noch übrigen 55 Tagesblätter, auch nur das Fünffache einbringen: so ergiebt sich dennoch eine Regierungs-Einnahme von 4 Millionen Thaler, und wie groß muß schon hiernach die Summe seyn, welche durch Zeitungs-Verkehr überhaupt in Umlauf gesetzt wird!! Ein Ueberschlags-Calcul führt hier auf Resultate von Millionen, die in Erstaunen setzen.

Die gelesenen Zeitungen wieder einzusammeln und solche sodann in Packen und Ballen um ein Billigeres bis in entfernte Welttheile zu senden, ist für Viele ein sehr einträgliches Gewerbe.

Unangenehm ist's, daß durch solche freidenkende Zeitungsleser vor den Fenstern den Fußgängern der Weg gesperrt wird, und nichts übrig bleibt als Durchdrängen oder Umweggehen, beides gleich schlimm. Löblich und empfehlenswerth ist dagegen die in London allgemein bestehende Ordnung, daß jeder Fußgänger auf den Seitensteigen, rechts sich hält. So bilden sich gleichsam zu rechts hinauf und rechts herab, zwei neben einander hinstreifende Volksströme; und wer nur tüchtig Schritt hält in seinem Strom, kömmt rasch und ungestört im dicksten Gewühl vorwärts.

Eine geschmackvoll neu aufgebauete Kirche sehen wir dort, aber sonderbar! mit einem Miethszettel behangen. Und wirklich es ist eine Kirche, denn auch der Kirchenbau gehört in London zu den Spekulations-Gegenständen. Sobald eine der mannichfaltigen Religions-Sekten hinlänglich ausgebreitet scheint, eine Kirche füllen zu können, oder zu groß wird, für eine schon in Besitz genommene: schnell führt ein Spekulant am schicklichen Ort ein Kirchengebäude auf, und bietet es nun aus zur Miethe. Schlägt die Spekulation fehl: so sucht man das Gebäude für andere Zwecke anzubringen. Oft auch verläßt eine Sekten-Gemeine eine schon im Besitz gehabte Kirche, und diese verwandelt sich dann nicht selten in ein Versammlungs-Gebäude, den Göttern der Freude zu opfern. Solche Wechselfälle sind sehr gewöhnlich.

(Die Fortsetzung folgt.)
